

Catherine Gousseff

Zwischen Anerkennung und Manipulation: Russland, die Nation und das Erbe des kommunistischen Völkergefängnisses

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1102>

Vortrag im Rahmen der Reihe „Nach dem Ende der Illusion: Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?“
Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin, 28.03.2017

Vortragsreihe Januar-Dezember 2017, Konzeption und Leitung: Thomas Lindenberger (ZZF Potsdam), Catherine Gousseff (Centre Marc Bloch)

gefördert von der Bundesstiftung Aufarbeitung

ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE
FORSCHUNG POTSDAM
Institut der Leibniz-Gemeinschaft



MARK
BLOCH
Centre Zentrum Marc Bloch

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Copyright (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Catherine Gousseff, Zwischen Anerkennung und Manipulation: Russland, die Nation und das Erbe des kommunistischen Völkergefängnisses

Manuskript eines Vortrags gehalten am 28.03.2017 in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1102>



Zwischen Anerkennung und Manipulation: Russland, die Nation und das Erbe des kommunistischen Völkergefängnisses

von Catherine Gousseff

Der Zusammenbruch der UdSSR lässt sich als Ergebnis einer zweifachen Dynamik beschreiben: zum einen die Implosionsdynamik des Systems in Gestalt der Staatspartei. Die KPdSU, die Kommunistische Partei der UdSSR und das Herz der Föderation, wurde im August 1991 vom Obersten Sowjet aufgelöst. Ihre ideologischen Ziele hatten sich erschöpft und die eingeleiteten Reformen zahlreiche Widersprüche hervorgebracht, was die Starrheit und den Kräfteverfall der Partei deutlich machte. Zum anderen ging die Implosion der Zentralmacht mit einer beeindruckenden Explosionsdynamik der Nationalitäten einher, die vielfältige Formen annahm. Zuerst zeigte sie sich in den ethnischen Konflikten zwischen den Aseris in Aserbaidschan und den Armeniern, schließlich in den Forderungen einzelner Unionsrepubliken nach mehr Autonomie. Im November 1988 nahm der Oberste Sowjet der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik eine Erklärung über die Souveränität Estlands an; im Dezember 1989 spaltete sich die kommunistische Partei Litauens von der KPdSU ab und erklärte im Januar 1990 die Unabhängigkeit der Republik. In dieser Zeit entstanden zahlreiche Perestroika-Bewegungen, aus denen wiederum neue Initiativen hervorgingen – wie etwa die Bewegung „Rukh“ in der Ukraine. Sie forderten stärkere nationale Autonomie oder sogar Unabhängigkeit. Schließlich leitete die Reform der Föderation, also die Neudefinition der Beziehungen zwischen Unionsrepubliken und Zentralmacht, das endgültige Ende der Sowjetunion ein.

Innerhalb dieser außerordentlichen Dynamik der Zentrifugalkräfte übernahmen die baltischen Staaten eine führende Rolle, die auf starken politischen Gesten fußte. Man denke etwa an die riesige Menschenkette entlang der ehemaligen Grenze des Hitler-Stalin-Pakts im August

1989, mit der die Balten diese fünfzig Jahre zuvor geschlossene Allianz anprangerten. Als Opfer der Totalitarismen hatten die Balten ihre Zwangsannektierung als eine wahrhaftige Gefangennahme ihres Volkes erlebt und verstehen seither ihre Geschichte der Sowjetzeit als die einer Besatzung. Doch der Fall der baltischen Länder ist insofern speziell, als sie vom Ende des Ersten bis hin zum Zweiten Weltkrieg unabhängig waren. Die baltische Geschichte macht in diesem Sinne nur noch deutlicher, dass die anderen Republiken diese Erfahrung eines Nationalstaats nie gemacht haben. Schließlich kann man die kurzlebigen Unabhängigkeitserklärungen der Ukraine oder der Kaukasus-Staaten während des Bürgerkriegs kaum als nationalstaatliches Gründungskapitel werten; sie bilden vielmehr einen mythischen Bezugshorizont. All diese Republiken, die in der letzten Phase der Perestroika ihre Unabhängigkeit erklärt haben, sind erst im 20. Jahrhundert innerhalb der Sowjetunion entstanden.

Hieraus ergibt sich der erste Fragenkomplex meines Vortrags: War die UdSSR das Völkergefängnis, als das sie so oft am Ende ihrer Existenz gesehen wurde? Hat sie nicht vielmehr neue Nationalstaaten geschaffen? Und welche Prozesse lassen sich bei dieser Entstehung von Nationalstaaten im Kontext der Entwicklungen des Sozialismus im 20. Jahrhundert aufzeigen?

Meine zweite Fragestellung betrifft die Rolle Russlands innerhalb dieser Geschichte. Lange Zeit betrachteten die meisten Historikerinnen und Historiker die russische Sowjetrepublik als würdige Nachfolgerin des Russischen Kaiserreichs. Mit ihrer politischen und kulturellen Hegemonialstellung innerhalb der sowjetischen Geschichte wies sie eine gewisse Kontinuität mit dem langwährenden Kaiserreich auf. Doch was waren die Auswirkungen dieser Gleichsetzung von Russland mit der sowjetischen Zentralmacht? Wie wurde die Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert innerhalb der UdSSR wahrgenommen? Und inwiefern wirkt diese gedankliche Fusion zwischen Russland und der UdSSR im Nationalbewusstsein des heutigen Russlands nach?

Auch meine dritte und letzte Frage richtet sich auf das historische Erbe in der aktuellen russischen Politik: Welche Brüche und welche Kontinuitäten werden in der russischen Nationalitätenpolitik in Bezug auf die ethnischen Minderheiten Russlands deutlich?

Beginnen wir also mit einem kurzen Überblick über die Geschichte der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Hierbei ist zu beachten, dass sich die Geschichtsschreibung des sowjetischen 20. Jahrhunderts im Laufe der letzten 25 Jahre grundlegend erneuert hat, nachdem die Geschichte der Sowjetunion abgeschlossen ist und Forschungsarbeiten in den staatlichen Archiven der UdSSR neue Erkenntnisse erbracht haben. Das Besondere an der Historiografie der Sowjetunion war ja bis Ende der 1980er-Jahre, dass Historikerinnen und Historiker kaum Zugang zu Archivmaterial hatten. Dadurch basierte sie fast ausschließlich auf persönlichen Berichten und auf der Interpretation der Fakten, die von außen zugänglich waren oder von Dissidenten überliefert worden sind wie zum Beispiel Alexander Nekritschs Analyse der Völkerdeportationen von 1944¹. Die neue postsowjetische Geschichtsschreibung hat zahlreiche wichtige Beiträge zum Verständnis der Funktionsweisen des sowjetischen

¹ Aleksandr Nekrich, *Les peuples punis*, Paris 1982 (orig.: *The Punished Peoples*, New York 1978).

Systems geleistet. Die Nationalitätenpolitik, insbesondere während der Repressionen des Stalinismus, kann heute somit in den breiteren Kontext des Misstrauens und der Verfolgung seitens der sowjetischen Zentralmacht und ihrer Offensiven gegen die eigene Gesellschaft gestellt werden.

Wenn auch die marxistische Theorie die Nation nur als vorübergehendes Phänomen innerhalb des historischen Entstehungsprozesses des Sozialismus sah, so waren die ersten bolschewistischen Anführer, allen voran Lenin, doch von der ontologischen Existenz der Nationen überzeugt. Die Nation war für sie kein Konstrukt, keine *imagined community*, sondern ein real existierender Sachverhalt. Den individuellen Rechten sagten die Bolschewiki den Kampf an und führten dagegen kollektive Rechte ein, die im Übrigen nicht immer den Interessen des Proletariats entsprachen. Waren die Bolschewiki sich nur selten einig, was die Organisation der Föderation betraf, so teilten sie doch die tiefe Überzeugung, dass die nationalen Bevölkerungsgruppen gefördert werden müssten. Hierin lag für sie der Grundstein einer gelungenen missionarischen Verbreitung des Sozialismus: Um die Revolution zu gewinnen, musste man die Völker in ihrer eigenen Sprache ansprechen und sie damit zur Emanzipation befähigen, gerade um jeglicher nationalistischen Auflehnung vorzubeugen.

Im Nationalitätenkonzept der Bolschewiki ließ sich eine nationale Kollektivität anhand der Existenz einer Sprache, eines Territoriums und einer gemeinsamen identitätsstiftenden Kultur definieren. Schon zu Beginn der Revolution gründete sich die Einstellung der Bolschewiki im Umgang mit den einzelnen Völkergruppen des Kaiserreichs auf die Formel „national in der Form, sozialistisch im Inhalt“. Ihr Wohlwollen gegenüber diesen Völkern spiegelte sich auch in ihrer grundlegenden Unterscheidung von „unterdrückendem“ und „unterdrücktem“ Nationalismus wider. Der unterdrückende Nationalismus, in Gestalt des großrussischen Chauvinismus des Kaiserreichs, wurde verurteilt. Der unterdrückte Nationalismus der dem Kaiserreich unterworfenen Völker war hingegen legitim, wenn auch nur als vorübergehende Phase der historischen Entwicklung. Auf dem X. Parteitag von 1921 antwortete Stalin auf die Vorwürfe, der Nationalismus sei ein Produkt der Bourgeoisie, dass die freie nationale Entfaltung das einzige Mittel sei, um den Entwicklungsrückstand der nicht-russischen Völker zu überwinden. Dieser Entwicklungsrückstand sei gerade durch eine fehlende Bourgeoisie gekennzeichnet. Die nationale Selbstbestimmung befähige die Völker dazu, sich vom Joch der Mullahs und Geistlichen zu befreien. Weiter erklärte Stalin vor dem Plenum: „Man kann nicht gegen die Geschichte anrennen. Es ist klar: Wenn auch in den Städten der Ukraine bis jetzt noch die russischen Elemente überwiegen, so werden doch diese Städte im Laufe der Zeit unvermeidlich ukrainisiert werden. Vor etwa vierzig Jahren war Riga eine deutsche Stadt, [...] und nun ist Riga eine rein lettische Stadt.“²

Auf diese „Übergangsphase“ der Konstruktion der Nationalitäten richtete die noch junge sowjetische Regierung im Laufe der 1920er-Jahre einen Großteil ihrer Anstrengungen. Mit der sogenannten Korenizatsia- oder Indigenisierungs-Politik stellte sich die UdSSR in diesem Jahrzehnt an die Speerspitze der Nationalitäten-Förderung. Während die neuen europäischen

² Yuri Slezkine, *The USSR as a Communal Apartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism*, in: *Slavic Review* 53 (1994), Nr. 2, S. 414-452, hier S.423.

Nationalstaaten Mühe hatten, die vom Völkerbund aufgestellten Minderheitenrechte zu wahren, entwickelte sich die Sowjetunion zu einem *affirmative action empire*³. Sie machte es sich unter anderem zur Aufgabe, die administrativen Grenzen des Territoriums nach Kriterien der ethnografischen Bevölkerungsstruktur festzusetzen, die Nationalsprachen zu stärken und entsprechende Alphabete einzuführen sowie lokale Kader in Verwaltung, Kultur und Politik auszubilden und zu fördern.

Die Schaffung der verschiedenen sozialistischen Sowjetrepubliken in Zentralasien, im Kaukasus und im europäischen Teil des ehemaligen Kaiserreichs war nur ein Aspekt der Territorialisierung der Nationalitäten. Innerhalb dieser Republiken wurden zahlreiche autonome Territorien und Kreise und sogar „nationale“ Rajone (Kreise) mit ebenso vielen Sowjets geschaffen. Bei der Volkszählung von 1926 wurden 192 in der UdSSR gesprochene Sprachen identifiziert. Für die Parteikader bedeutete die Förderung der nationalen Sprachen deren Modernisierung anhand der Einführung von Standardschriften auf der Basis eines „rationalen“ phonetischen Alphabets. So wurden einzelne arabische oder kyrillische Alphabete abgeschafft und durch Transkriptionen in lateinische Buchstaben ersetzt. Die lokalen Intellektuellen, die mit der Aufgabe betraut waren, die Sprachen zu reglementieren, tendierten dazu, die verschiedenen Nationalsprachen weitestmöglich voneinander zu unterscheiden. So wurde zum Beispiel das Ukrainische von allen russischen Wendungen und Einflüssen bereinigt, und die Schöpfer des literarischen Usbekisch merzten jegliche Arabismen aus.

Der staatlich geförderte und oft verordnete Ausbau der nationalen Gebräuche und Kulturen führte zuweilen zu extrem komplexen Gesellschaftsstrukturen. So hatte etwa im Jahr 1926 Abchasien (ein autonomes Territorium innerhalb Georgiens) 43 armenische, 41 griechische, 27 russische, 2 estnische und 2 deutsche Schulen. Im Zuge der Politik der Sprachförderung entstanden zudem zahlreiche nationalsprachliche Zeitschriften. 1928 zählte man zum Beispiel 205 nichtrussische Pseudonymen, die in 47 verschiedenen Sprachen erschienen. Auch die Indigenisierung der nationalen Politikader war effizient: Waren 1922 noch 72 Prozent der Parteimitglieder Russen, so verringerte sich ihre Zahl im Jahr 1927 auf nur noch 65 Prozent, 1932 waren über 50 Prozent der Mitglieder Nicht-Russen. Innerhalb der Republik Weißrussland etwa, deren Bevölkerung 1922 zu 21 Prozent aus Weißrussen bestand, waren im Jahr 1932 60 Prozent aller Parteimitglieder Weißrussen⁴.

Diese Indigenisierungspolitik der 1920er-Jahre ist zwar schon lange Gegenstand der Forschung, doch verblasste sie oft angesichts der großen Repressions- und Gleichstellungswellen der stalinistischen UdSSR der 1930er-Jahre. Heute lässt sich auf der Grundlage zahlreicher Fallstudien die Bedeutung des nachhaltigen Engagements der kommunistischen UdSSR für die Förderung der Nationalitäten erkennen. Im Endeffekt scheinen die nationalen Rechte der Minderheiten im Land des Kommunismus, und nicht im Europa der National-

³ Terry Martin, *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in The Soviet Union, 1923-1939*, Ithaca, NY 2001.

⁴ Ronald Grigor Suny, *The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution and the Collapse of the Soviet Union*, Stanford, CA 1993, S. 102 & sq.

staaten, stark ausgeprägt und am besten gewahrt worden zu sein. Doch wie weit ging diese Politik, und wie lange hielt sie vor allem an?

In der Regel wird die „große Wende“ der 1920er- und 1930er-Jahre mit dem Ende der Indigenisierungspolitik verbunden. Nachdem die Idee der Verbreitung der Revolution vorübergehend aufgegeben und die Maßgabe vom „Sozialismus in einem Land“ erklärt worden war, setzte sich die Vorstellung der „Modernisierung“ gegen das Bild des offenen „Versuchslabors“ der Nationalitäten durch. In der klassischen Geschichtsschreibung hat sich hierbei größtenteils die Interpretation etabliert, die Zentralmacht habe die Politik der *affirmative action* aufgegeben. Die neuere Geschichtsschreibung der verschiedenen postsowjetischen Nationen geht teilweise in dieselbe Richtung. So wird in der heutigen Ukraine der „Holodomor“, also die tragische Hungersnot, die das Land 1932 bis 1933 heimgesucht hat, meist als Genozid des ukrainischen Volkes durch Hunger gedeutet. Ich möchte an dieser Stelle nicht im Detail auf diese unter Historikerinnen und Historikern heftig umstrittene Interpretation eingehen. Diese Debatte wird ihr Ende erst dann finden, wenn die Forschenden uneingeschränkten Zugang zu den Archiven des sowjetischen Zentralstaats bekommen. Ich teile aber die Interpretation der meisten Spezialisten, die in dieser Hungersnot das Ergebnis eines Kriegs der sowjetischen Führung gegen die Landbevölkerung sehen.⁵ In den Augen der Machthaber war das rurale Milieu rückständig und widersetzte sich am hartnäckigsten der Einführung des Kommunismus.

Doch kommen wir zurück auf die Frage, welche Rolle die „große Wende“ und die alles entscheidenden 1930er-Jahre in der Nationalitätenpolitik gespielt haben. Die neuere Geschichtsschreibung arbeitet immer deutlicher heraus, dass die *affirmative action* zumindest zu einem gewissen Grad beibehalten wurde. Insbesondere die umfangreiche Forschungsarbeit von Terry Martin, die heute als Standardwerk gilt, untermauert diese These.⁶ Die damalige Politik war von bedeutenden Umschwüngen geprägt. Mit der schnell voranschreitenden Industrialisierung des Landes entstanden in den Industriezentren neue *melting pots*. Die Förderung der nationalen Führungskräfte wurde der Modernisierungspolitik unterstellt. Die vor allem in den russischen Großstädten ausgebildeten Techniker und Ingenieure wurden in alle Republiken entsandt, und im gesamten sowjetischen Territorium wurde russischer Sprachunterricht eingeführt. Die Zentralmacht trat von nun an als autoritäres und bürokratisches „Befehlssystem“ auf, das den Unionsrepubliken ihre Gesetze aufzwang. Vieles scheint also gegen die These einer kontinuierlichen *affirmative action* zu sprechen, und doch wurde sie in vielerlei Hinsicht beibehalten.

Auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik zeigte sich Stalins Revolution insbesondere in der Förderung der kulturellen Selbstbestimmung der Minderheiten. In kürzester Zeit wurden mehr und mehr nationale Sowjets innerhalb der einzelnen Unionsrepubliken aufgestellt. Die Tschetschenen wurden von den Inguschen unterschieden, die Mingreliner von den Georgiern.

⁵ Robert W. Davies/Stephen G. Wheatcroft, *The Years of Hunger: Soviet Agriculture 1931-1933*, Houndmills 2010; V. Vasil'ev/Y. Shapovalova, *Komandiri velikogo golodu: Poizdki V. Molotova I L. Kaganovicha v Ukrainu ta na Pivnichnii Kavkaz, 1932-1933 rr*; Kiev, Geneza, 2001; Nicolas Werth, *La Terreur et le désarroi. Staline et son système*, Paris 2007.

⁶ Vgl. Martin, *The Affirmative Action Empire*; Francine Hirsch, *Empire of Nations. Ethnographic Knowledge and the Making of the Soviet Union*, Ithaca, NY 2005; Suny, *The Revenge of the Past*.

Zwischen 1928 und 1938 ist die Zahl nicht-russischer Zeitungen von 205 auf über 2000 Titel in 66 verschiedenen Sprachen angestiegen.⁷ Wie Terry Martin unterstreicht, sind die 1930er-Jahre durch ein paradoxes Nebeneinander von „harter“ und „sanfter“ Nationalitätenpolitik gekennzeichnet – Martin spricht von einer *hard line* und einer *soft line*. Die harte Linie kam unter anderem während des „Großen Terrors“ zum Tragen, der sich gezielt gegen die diasporischen Minderheiten der Westukraine richtete. Deutsche und Polen waren in der Tat die größten nationalen Bevölkerungsgruppen unter den Opfern der Repression. Im Hinblick auf den drohenden Krieg wollte die Zentralmacht bereits die Grenzregionen von allen „unzuverlässigen Elementen“ säubern. In der spannungsgeladenen zweiten Hälfte der 1930er-Jahre nahmen die erstarkenden patriotischen Tendenzen die Züge eines groß-russischen Nationalismus an. Und dennoch blieb die Nationalitätenfrage ein wichtiger Aspekt der föderalen Politik. Man denke etwa nur an die Eintragung der nationalen Identität in den Pass jedes Sowjetbürgers Ende der 1930er-Jahre. Hier wird deutlich, welche große Bedeutung die Machthaber der nationalen Zugehörigkeit zuschrieben, die von nun an zu einem festen Attribut jedes Einzelnen wurde. Die Einheit in der Diversität wurde auch trotz der Hegemonie des russischen Zentrums nicht infrage gestellt.

Ich kann in diesem Rahmen nicht näher auf die komplexe Kriegs- und Nachkriegszeit eingehen, möchte aber doch das Ausmaß der nationalen Repressionen in dieser Phase unterstreichen. In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre wurde der Gulag zur wortwörtlichen Umsetzung des Bilds von der UdSSR als Völkergefängnis. Von 1940 bis zum Beginn der 1950er-Jahre wurden in mehreren Wellen zahlreiche nicht-russische Bevölkerungsgruppen nach Zentralasien und Sibirien deportiert: die deutschen Minderheiten, die Polen der annektierten Gebiete, dann die kaukasischen Völker, die Krimtataren 1944 und nach dem Krieg die Balten und Westukrainer. Die letzte Periode von Stalins Herrschaft war damit von großflächigen und schwerwiegenden Repressionen gegen zahlreiche Völker geprägt. Diese Repressionswellen waren unterschiedlich motiviert: So wurde etwa nach der Annektierung neuer Gebiete deren lokale Bevölkerung als unzuverlässig eingestuft, oder die Bevölkerung deutsch besetzter Regionen fiel bei der Einnahme durch die Sowjetunion unter den Generalverdacht der Kollaboration. Manche Nationalitäten wurden ganz offensichtlich unabhängig von jeglichem Kontext stigmatisiert. Auch der im letzten Jahrzehnt von Stalins Herrschaft massiv ansteigende Antisemitismus spielte hierbei eine wichtige Rolle.

Trotz dieser Gewaltherrschaft des Stalinismus gegenüber bestimmten Völkern zeigt die allgemeine Bilanz der Unionsrepubliken, dass der Prozess der Indigenisierung dennoch nicht abbrach. Das wird etwa bei der Volkszählung von 1959 – der ersten Erhebung nach Kriegsende – in den östlichen Republiken deutlich, wo die verschiedenen mittleren Verwaltungsebenen mehrheitlich mit lokalen Führungskräften besetzt waren. Diese Tendenz verstärkte sich noch in den folgenden Jahrzehnten. Insbesondere im Zuge der Nationalisierung der Republiken Zentralasiens kehrten zahlreiche russischsprachige Bevölkerungsgruppen in die Russische Föderation oder die Ukraine zurück. Unter Chruschtschow und Breschnew formierten sich regelrechte nationale „Mafias“, die die

⁷ Slezkine, *The USSR as a Communal Apartment*, S. 439.

nationalen Ableger der Kommunistischen Partei unter Kontrolle hatten.⁸ Sie erklärten sich einerseits loyal mit Moskau, entwickelten andererseits aber ein großflächig angelegtes Patronatssystem, das ihnen eine Vormachtstellung innerhalb der Republiken sicherte. Die langen Amtszeiten der nach Stalins Tod eingesetzten nationalen Machthaber trugen das Ihre zu dieser Stärkung der lokalen Machtgefüge bei. Der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Georgiens Wassil Mschawanadse blieb von 1953 an 19 Jahre lang auf seinem Posten. Ebenso war es in Armenien, wo der Politiker Anton Kotschinjan bis 1974 eine herausragende Rolle in der Republik spielte, oder in Zentralasien, wo Jabar Rasulov von 1961 an 21 Jahre lang die tadschikische Partei anführte.

Die „offiziellen“ Nationalismen – letztlich das Eingeständnis eines Kompromisses zwischen Zentrum und Peripherie – entwickelten sich parallel zur Aufgabe oder Abwandlung der sozialistischen Dogmen: Die „Diktatur des Proletariats“ wurde vom „Staat des gesamten Volkes“ abgelöst. 1974 wurde die Angabe zur Klassenzugehörigkeit aus dem Pass gestrichen. Mit zunehmender Schwächung der sozialistischen Ideologie und ihrem Sinnverlust erstarkten die nationalen Gesellschaften und entfalteten schließlich in Gorbatschows Perestroika ihre gesamte Tragkraft.

Dieser historische Abriss macht die Kontinuität einer langfristig angelegten Nationalitätenpolitik deutlich, die auch die Umschwünge in der autoritären Politik und die Brüche der Gewaltperioden überdauert hat. Dennoch erforderte die dezidiert zentralistische Funktionsweise der Regierung in all diesen Jahren Anpassungen und Arrangements, innerhalb derer die kommunistischen Parteien als Schlüssel des ganzen Systems eine bedeutende, wenn nicht die entscheidende Rolle in der Nationalisierung der Republiken gespielt haben. Mag die UdSSR als „Reich der Nationen“ oder neutraler als „Staat der Nationen“ bezeichnet werden – sicher ist, dass die UdSSR durch ihre föderative Struktur *nolens volens* Nationalstaaten hervorgebracht hat. Doch trotz der real bestehenden nationalen Selbstbestimmung hatten die nicht nur von den Erfahrungen der Unfreiheit, sondern vor allem vom sowjetischen Totalitarismus und Zentralismus geprägten postsowjetischen Staaten große Schwierigkeiten mit dem Aufbau demokratischer Regierungsstrukturen.

Die postsowjetischen Staaten wurden also in einer Dynamik der Dekolonisierung oder, wie im Fall der baltischen Länder, der Befreiung von der Besatzung gegründet. Doch wie ist Russland mit seinem sowjetischen Erbe umgegangen? Wie ist allgemein die Geschichte Russlands innerhalb der Geschichte der Nationen zu Sowjetzeiten zu deuten? Und welche Rolle spielte dieses Land, das 1917 als einziges wirklich als Staat konstituiert worden war – wenn auch in der imperialen Version –, innerhalb der Union?

Die zu Beginn der 1920er-Jahre ausgearbeitete Politik der positiven Diskriminierung richtete sich, wie bereits erläutert, gezielt gegen den großrussischen Nationalismus. Während sorgsam die nationalen Grenzen der neuen Republiken gezogen wurden, blieben die Umrisse des russischen Territoriums unklar. Schon sehr früh sah man Russland als Föderation zahlreicher kleiner Völker. Hier wurden die gesellschaftliche Neuordnung und der Aufbau der

⁸ Suny, *The Revenge of the Past*, S. 118 & sq.

proletarischen Avantgarde am radikalsten durchgesetzt. Grund für diese andere Art der positiven Diskriminierung war natürlich die große Bedeutung der Eliten, die im Zuge der Neuen Ökonomischen Politik bis zu Beginn der 1930er-Jahre hin stabil geblieben war.

Die Einführung der Ausweispapiere, in den Großstädten als Pass bezeichnet, läutete die Ära der großen „Säuberungen“ ein. Die Bürgerinnen und Bürger von Moskau und Leningrad mussten regelrechte Verhöre durch die Milizen der einzelnen Stadtviertel über sich ergehen lassen, in denen sie über ihre soziale Herkunft, ihre politischen Ansichten und ihre Lebensweise ausgefragt wurden. Und die Urteile erfolgten prompt. Die als „ehemalige Leute“ (*byvshie ljudi*) bezeichneten „Klassenfeinde“ fielen ab 1932 den Massendeportationen zum Opfer.

Kurz zuvor, im Jahr 1929, hatte mit der antireligiösen Kampagne die große Offensive gegen die orthodoxe Kirche begonnen, die in der spektakulären Zerstörung tausender Kirchen gipfelte. 1931 wurde die berühmte Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale gesprengt, um dem „Palast der Sowjets“ zu weichen. Der Palast wurde schließlich nie gebaut, doch die Kirche fiel der Idee zum Opfer, aus der historischen russischen Stadt die Hauptstadt der proletarischen Revolution zu machen. Wie es Karl Schlögel in seinem Buch „Terror und Traum: Moskau 1937“ beschrieben hat, war es ebendiese Hauptstadt, die den Großen Terror als Erste zu spüren bekam.

Dieser Kulminationspunkt des sowjetischen Gewaltregimes lässt sich in dem komplexen Zusammenspiel völlig gegenläufiger Tendenzen nur schwer fassen. Einerseits bildet diese Periode den Gipfel der Gewalt in der Gesellschaft und gegenüber ihren Eliten, selbst jenen, die von der großen Wende des ersten Fünfjahresplans profitiert hatten. Andererseits ist diese Zeit von einer gewissen Rückbesinnung auf das alte großrussische Wertesystem geprägt. So wurden etwa wichtige Figuren, Erbauer und Verteidiger des ewigen Russlands wie Alexander Newski rehabilitiert, und Puschkins 100. Todestag wurde mit eindrucksvollen Gedenkveranstaltungen gefeiert. Es scheint so, als wollte man einer völlig orientierungslosen Gesellschaft im Nachhinein kulturelle Fixpunkte an die Hand geben, um durch die Rückbesinnung auf die alten Mythen eine historische Kontinuität inmitten des großen blutigen Umbruchs herzustellen.

Dieser neue neokonservative Diskurs, der die sogenannte Stabilisierungsphase des Sozialismus prägte, verstärkte sich noch mit Ausbruch des Großen Vaterländischen Kriegs. Nachdem in den schrecklichen Jahren 1937-38 obsessiv der innere Feind bekämpft worden war, stellte der Kampf gegen die nationalsozialistische Invasion eine gewisse Normalität im Gefühl nationaler Solidarität wieder her. Diese Tendenz einer Rückbesinnung auf russische Werte zog sich durch den gesamten Krieg, so etwa mit der Wiederanerkennung des Patriarchats der Russisch-Orthodoxen Kirche im Jahr 1943, nachdem dieses 1925 faktisch abgeschafft worden war. Die Völker der UdSSR wurden aufgerufen, sich im engen Schulterschluss mit Russland im großen Kampf gegen den faschistischen Feind zu verbünden. Im Zweiten Weltkrieg wurde Russland zum *primus inter pares* der Unionsrepubliken. Auch für die Großmächte waren die sowjetischen Alliierten nur „die Russen“. Und der patriotische

Impetus, hervorgerufen und gestärkt durch den Krieg, ist wahrscheinlich die Erinnerung, die im heutigen Russland Putins am stärksten mobilisiert wird.

In den Jahren zwischen dem Großen Terror und Stalins Tod wurde Russlands Macht in gewisser Hinsicht wiederhergestellt. Doch hat dieser Prozess tatsächlich zu einer historischen Wende geführt oder hat er nicht im Gegenteil dazu beigetragen, Russland endgültig mit der autoritären Zentralmacht der UdSSR gleichzusetzen? Der russisch-amerikanische Historiker Yuri Slezkine hat eine Metapher eines Bolschewiken aus den 1920er-Jahren aufgegriffen und die UdSSR mit einer Gemeinschaftswohnung verglichen: einer Wohnung, in der jede Republik ihr eigenes Zimmer habe, besonders durch ihre nationale Kommunistische Partei, ihre nationalen Theater, ihre Akademie der Wissenschaften etc. Doch wo, fragt Slezkine, ist innerhalb dieses schönen Gemeinschaftsgefüges der Platz Russlands? Als einzige der Sowjetrepubliken hatte Russland keine eigene Akademie der Wissenschaften und auch keine nationale Partei, sondern diese war mit der Kommunistischen Partei der UdSSR verschmolzen.⁹ In der Wohngemeinschaft der UdSSR scheint Russland auf dem Flur stehen geblieben zu sein!

Dieses Schattendasein zwischen all den anderen Republiken, gänzlich verschmolzen mit der UdSSR, wurde während der Perestroika eklatant. In gegensätzlichen Stoßrichtungen arbeitete man nun einerseits durch die Glasnost die äußerst schmerzhafteste sowjetische Vergangenheit auf, andererseits machte man sich auf die Suche nach einer Vergangenheit, die nicht vom Blut des Stalinismus befleckt war. „Stalin ist gestern gestorben“, schrieb 1988 der Historiker Michail Gefter, um zu verdeutlichen, mit welcher Wucht die Perestroika die tragische Geschichte der Sowjetunion aufgedeckt habe. In nur wenigen Jahren wurde die gesamte sowjetische Geschichte zerlegt. Nachdem das gesamte Ausmaß der Verbrechen Stalins deutlich wurde, geriet die Legitimität der Revolution und die ihres Anführers Lenin ins Wanken.

Parallel dazu brachten die Perestroika-Jahre auch das Erbe der sogenannten weißen, antibolschewistischen russischen Emigration zum Vorschein. Kaum waren diese „Abtrünnigen“ nicht mehr mit einem Tabu belegt, rückten die Geschichte der Emigration und das kulturelle und intellektuelle Schaffen ihrer Vertreter ins Rampenlicht. Der Philosoph Nikolai Berdjajew war einer der Ersten, der in der zerfallenden UdSSR verlegt wurde, und ihm folgten viele weitere „abtrünnige“ Intellektuelle. Diese plötzliche Begeisterung lässt sich gewiss auch auf die Anziehung des bisher Verbotenen zurückführen. Doch die Entdeckung der Hinterlassenschaft der Emigration zeigte auch die Existenz einer anderen russischen Kultur, die sich für ein freies, demokratisches Russland im Austausch mit dem Westen eingesetzt hatte. Zudem war diese Emigration eng mit der orthodoxen Kirche verbunden geblieben und hatte in zahlreichen Ländern Gemeinden gegründet, die über die Generationen hinweg erhalten geblieben waren.

Parallel dazu besannen sich im Zuge der Feierlichkeiten zum 1000. Jahrestag des russischen Christentums 1988 zahlreiche Russen ihrer Religion. Auf einer dieser Festveranstaltungen rief

⁹ Slezkine, *The USSR as a Communal Apartment*; siehe auch Geoffrey Hosking, *Rulers and Victims. The Russians in the Soviet Union*, Cambridge, MA 2006.

Gorbatschow die Gewissensfreiheit aus. Dieses wiedererlangte Recht brachte ein Volk zum Vorschein, das sich mehr und mehr als gläubig definierte. Diese Dynamik der Rehabilitierung von Kirche und antibolschewistischer Emigration, die mit der deutlichen Ablehnung des sowjetischen Geschichtskanons einherging, hat in den letzten Jahren der UdSSR zu einer identitären Umwälzung Russlands geführt, die in ihrer radikalen Verkehrung der kulturellen Bezugspunkte geradezu karikaturartige Züge annahm. Im ersten Jahrzehnt der post-sowjetischen Ära stabilisierte sich diese Tendenz, bekräftigt von einer neuen Politik der starken Hand in dieser Epoche.

Diese starke Hand Russlands in den letzten Jahren der UdSSR war, wie bekannt, nicht Gorbatschow, sondern Boris Jelzin. Trotz seiner langen Karriere innerhalb des Parteiapparats und seiner uneingeschränkten Herrschaft über die Industrieregion Swerdlowsk stellte Jelzin seine Haltung gegen die Partei in den Vordergrund und wurde zum Anführer der liberalen Opposition, zum Verteidiger eines souveränen Russlands. Im Sommer 1991 wurde er zum ersten gewählten Präsidenten dieses neuen Russlands. Jelzin schmiedete sein Image bewusst als Anti-Gorbatschow, den er als konservativen Befürworter der UdSSR und Personifizierung der Kommunistischen Partei und ihres Monopols darstellte. Jelzins Programm war eine Art „Schocktherapie“, die das Land auf den Weg der wirtschaftlichen Erneuerung bringen und seine Stellung gegenüber den westlichen Großmächten wiederherstellen sollte. Der Westen war der Bezugshorizont des neuen russischen Liberalismus.

Doch diese Phase währte nicht lange. Die große Reform der Preisliberalisierung und der Firmenprivatisierung von 1992 erschütterte das gesamte Wirtschaftssystem und rief den wachsenden Widerstand jenes Parlaments hervor, das Jelzin ursprünglich zur Macht verholfen hatte. Die Niederschlagung des Aufstands der Volksdeputierten im Oktober 1993 bildete den blutigen Wendepunkt der Krise. Zum einen erfolgte hier eine politische Wende, die die Macht des Präsidenten konsolidierte und die Politik der starken Hand bestätigte. Zum anderen traten im Zuge einer bedeutenden gedenkpolitischen Wende bestimmte starke Symbole und Institutionen der Autokratie wieder in den Vordergrund.¹⁰ Diese Gedenkpolitik nahm im November 1993 ihren Anfang – nur einen Monat nach dem Sturm auf die Duma – mit der Wiedereinführung des Doppeladlers als Emblem Russlands. In diese Periode fällt auch die Entscheidung, die Christ-Erlöser-Kathedrale wiederaufzubauen. Im 19. Jahrhundert hatte man vierzig Jahre lang an diesem gewaltigen Gebäude gebaut. Nun genügte zwei Jahre des Wiederaufbaus, um aus ihm eine Bühne für die Allianz zwischen Staatsmacht und Kirche zu machen. Die Kosakenheere und der Andreas-Orden, Hausorden der Romanow-Dynastie, wurden wiederbelebt, und die sogenannten Kadettenschulen zur militärischen Erziehung von Knaben wiedereröffnet. Diese Entwicklung kulminierte in der Rückführung der sterblichen Überreste der Zarenfamilie nach Sankt Petersburg im Jahr 1998 und in der Heiligsprechung Nikolaus II. zwei Jahre später. All diese Initiativen schreiben sich in einen neuen nationalistischen Diskurs ein, der eine historische Spezifität Russlands gegenüber dem Westen proklamiert.

¹⁰ Zur Gedenkpolitik von Jelzin und Putin, vgl. Maria Ferreti, *La mémoire impossible: la Russie et les révolutions de 1917*, in: *Cahiers du monde russe, Sonderheft 1917: Historiographie, dynamiques révolutionnaires et mémoires contestées*, 58 (2017), Nr. 1-2, S. 203-240.

Das Bedürfnis nach einem starken Staat, der seine Grenzgebiete unter Kontrolle hat, zeigte sich mit Beginn der Offensive gegen Tschetschenien im Jahr 1994. Dieser Konflikt sollte über zehn Jahre andauern. Parallel dazu entstand eine Politik des Schutzes der russischen Minderheiten in den neuen postsowjetischen Staaten. Diese Verteidigung der Russen im Ausland, gewissermaßen als Opfer der Dekolonisierung, war jedoch voller Widersprüche. Die Aufnahmestrukturen blieben hinter den großen Immigrationswellen von russischsprachigen Menschen, insbesondere aus Zentralasien, zurück. Es gestaltete sich als äußerst schwierig, einen Aufenthaltsstatus oder die Staatsbürgerschaft zu erlangen und einen festen Platz in der Gesellschaft zu finden, vor allem in Moskau. Doch andererseits verurteilte die Regierung regelmäßig die Diskriminierung russischer Minderheiten, insbesondere in den baltischen Staaten. 1995 eröffnete in Moskau das „Haus des russischen Auslands“, das im Zuge der Überführung des gesammelten Archivs von Alexander Solschenizyn nach dem berühmten Dissidenten benannt wurde. Diese neue Institution ist schnell zum Aushängeschild der russischen „Verführungs- und Beschützerpolitik“ gegenüber den Russen im Ausland geworden. Die ursprüngliche dokumentarische Mission der Einrichtung, die Archive der antibolschewistischen russischen Emigration zu versammeln, hat sich seither auf zahlreiche andere Gebiete ausgeweitet. So hat sie sich etwa seit Beginn des Aufstands im Donbass 2014 tatkräftig für Bücherspenden für die Universitäten dieser ukrainischen Region eingesetzt.

Doch bevor wir uns der Gegenwart zuwenden, möchte ich noch einmal die Bedeutung dieses ersten Jahrzehnts des postsowjetischen Russlands unterstreichen, das zu großen Teilen die Weichen für den aktuellen Nationalismus gestellt hat: einen großrussischen Nationalismus, dessen Gedenkpolitik sich auf das Erbe des russischen Kaiserreichs beruft und der die Macht der Kirche, als neue enge Verbündete, wiederhergestellt hat. Putin, der letzte Ministerpräsident der Jelzin-Regierung, hat nun nicht einfach dessen Politik weiterverfolgt. Er hat vielmehr einen eigenartigen Synkretismus eingeführt. Denn ohne Jelzins Erbe zurückzuweisen, hat Putin doch die gewisse „Ostalgie“ der 1990er-Jahre mitgetragen. Diese Nostalgie der sowjetischen Vergangenheit bezog sich zwar hauptsächlich auf die Zeit Breschnews, doch war sie auch Ausdruck einer allgemeineren Weigerung der Russen, komplett mit der Vergangenheit aufzuräumen. Putin hat ein Amalgam aus der Glorifizierung der vorrevolutionären Geschichte und der Verherrlichung einzelner Aspekte der Sowjetgeschichte geschaffen. Unter seiner Regierung wurden die monströsen Eigenschaften Stalins wenn nicht ausradiert, so doch von der positiv gezeichneten Gestalt des Anführers verdeckt, der das Land zum Sieg über die Nazis und in die Modernisierung geführt und so die Sowjetunion in eine große Weltmacht verwandelt habe. Tatsächlich zeigen verschiedene Umfragen, dass Stalin im heutigen Russland relativ populär ist.

Insbesondere seit der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre äußert sich dieser russische Nationalismus in einer Offensivpolitik gegenüber unmittelbar benachbarten Regionen. Man denke etwa an den Militäreinsatz in Georgien im Jahr 2008, mit dem Russland den Süd-Osseten zu Hilfe kam, und an die darauf folgende Einrichtung von Militärbasen in Südossetien. Heute drängt sich in diesem Kontext natürlich vor allem der Ukraine-Konflikt auf. Die Annektierung der Krim, die 2014 in Russland sehr positiv aufgenommen wurde, brach alle Regeln des

Völkerrechts. Die Unterstützung der Rebellen im Donbass und in Lugansk ist der unver-schleierte Ausdruck einer imperialistischen Politik. Doch geht es hier wirklich um die Erweiterung des russischen Territoriums oder um eine nachhaltige Destabilisierung der „europhilen“ Ukraine? Inwiefern wird der durch solche Operationen geschürte Nationalismus innenpolitisch genutzt?

Diese Fragen bleiben offen. Die russischen Offensiven werden mit einem Diskurs unterlegt, der sich um die Idee der *Novorossia*, des neuen Russland, herum aufbaut. Dieser Begriff verweist auf die Epoche des Kaiserreichs, in der seit Ende des 18. Jahrhunderts die Region um das Schwarze Meer so bezeichnet wurde. In seiner Neuauflage durch regierungsnahe Ideologen suggeriert der Begriff nun einen neuen Raum für das russische Volk, der sich bei einzelnen Autoren bis über den Kaukasus erstreckt. Die *Novorossia*-Vorstellung ist Teil einer Vision von Russland als Archipel, zu dem nicht nur die über den ehemaligen sowjetischen Raum verstreuten Minderheiten gehören, sondern auch die im Westen. Denn vor einem Vierteljahrhundert ist im postsowjetischen Russland das neue Phänomen einer starken Emigrations- und Mobilitätstendenz der Russen aufgetaucht, insbesondere in Richtung Europa. In Deutschland ist dieses Phänomen besonders ausgeprägt: Über zwei Millionen Russen haben sich hier angesiedelt. Aus anderen europäischen Ländern wie Frankreich gibt es nur grobe Schätzungen zur Zahl der russischen Immigranten, doch auch hier ist ihre Präsenz deutlich spürbar. Auch diese westlichen Minderheiten stehen unter dem Schutz der russischen Regierung. In Frankreich zum Beispiel erhebt sie für ihre Minderheit den Anspruch auf mehrere Kirchen der ehemaligen Emigration, die bisher vom Moskauer Patriarchat unabhängig sind. Die russische Regierung hat etwa im Fall der orthodoxen Kirche von Nizza direkt eingegriffen; am Ende eines langen Rechtsstreits ging die Kirche in das Moskauer Patriarchat über. Im Zentrum von Paris lässt dieses Patriarchat eine gewaltige Kathedrale erbauen und legt parallel dazu alles darauf an, die Gemeinden des Pariser Großraums unter seine Kontrolle zu bringen. In Deutschland hat die Affäre um die angebliche Vergewaltigung eines russischstämmigen Mädchens aus Berlin-Marzahn im Januar 2016 sogar den russischen Außenminister Lawrow auf den Plan gerufen, der der Bundesregierung vorwarf, sie gehe zu lax mit den Flüchtlingen um.

Ist diese Affäre nur ein Epiphänomen? Oder ist sie nicht vielmehr ein Signal Moskaus, das zu verstehen geben soll, dass die russische Regierung in gewisser Weise ihre Minderheiten in der Hand hat und sie für ihre eigenen politischen Zwecke instrumentalisieren kann? Nach vielfach bewährtem System rechtfertigt sich der aggressive Nationalismus Russlands mit der vorgeblichen Aggression gegen Minderheiten.

Die russische Gedenkpolitik seit dem Zerfall der Sowjetunion ist eine Politik der Auslassungen, die von einer grotesk selektiven Sicht auf die Vergangenheit bestimmt ist. Dieser kurze geschichtliche Abriss macht deutlich, wie sehr Russland hier die Chance zu einer gelungenen Aufarbeitung verpasst hat. Die Flucht nach vorne, um jeglicher schmerzhaften Introspektion zum 20. Jahrhundert auszuweichen, führt immer weiter zurück: über den ruhmvollen Sieg von Stalingrad bis hin zur Autokratie des Kaiserreichs. Im Endeffekt zielt diese Gedenkpolitik nur darauf ab, das ultra-zentralistische Machtgefüge zu legitimieren,

dessen Stärke von der Persönlichkeit des Präsidenten verkörpert wird. In diesem Sinne ist es durchaus einleuchtend, dass der russischen Regierung kaum etwas daran lag, im März 2017 den 100. Jahrestag des Sturzes der Autokratie zu feiern. Die legitime Auflehnung eines Volkes gegen die Unterdrückung durch die Staatsmacht ist ganz gewiss nicht nach dem Geschmack des Russlands von Wladimir Putin.